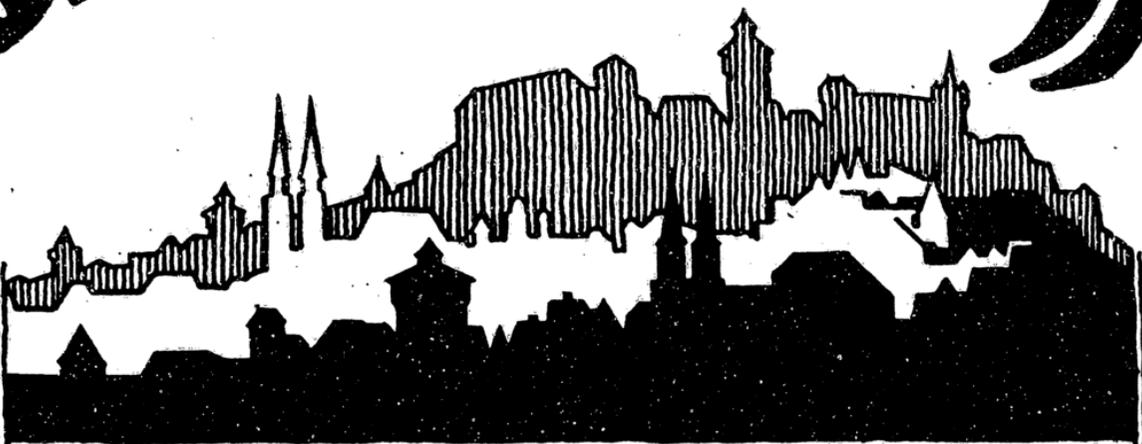


# Graphische Presse



**Zum Nürnberger Verbandstage**  
30. Juli 1922.

## Die deutschen Kollegen an Nürnberg!

Nimm sie auf mit gutigem Sinn,  
Für uns eilen sie zu dir hin,  
Für uns zu geistigem Tun u. Mühn,  
Daraus soll uns neuer Segen erblühn.  
Auf eine Spanne Zeit sollen sie hämmern u. schmieden  
Werke, die Wärme und Kraft uns bieten,  
Zur Vorarbeit für ein erträglich Leben  
kommen sie. Nürnberg, du sollst ihnen geben  
ein gastlich Dach, daß sie mit hingabe u. Sust  
aus geistigem Springquell ihrer Pflichten bemußt,  
frei von Gezänk und öder Kleinheit,  
guten Willens und in geschlossener Einheit  
uns ein Stück des Weges zum Sichte bahnen.  
Nürnberg! Lass dich von uns ermahnen.  
Mit Spannung sind wir in deiner Fut,  
mach' deine, mach' unsere Sache gut!

# Den Delegierten zum Verbandstage.

Berüht zum geistigen Wicken und Schaffen,  
zu prüfen was an Kräften und Waffen  
Wert zu kommenden Kämpfen hat,  
eilt ihr in die alte, ehrwürdige Stadt.  
Die Stadt des Sebaldus, des Sachs und des Dürer,  
einst einer neuen Zeit die Führer.  
An eurem Platze seid ihr es heut,  
denn mit euch läuft eine neue Zeit.

Drei Jahre hat wieder der Octus verschlungen  
ihr Kampfgewühl ist verkauft und verklungen;  
drei kommende suchen den Kämpfer und Mann  
und ziehn euer Denten in ihren Hann.

Wie groß war die Hoffnung aufs Neugestalten,  
die Hoffnung aus all unserer Herzen Blut,  
den weltbeherrschenden rohen Gewalten  
zu entwenden, was allen recht und gut.  
Da lehrte die Wirklichkeit: Klar sollt ihr bliden,  
was tief eingegraben kommt leicht nicht zu fall.  
Trotz Kampf mit herrschenden Mächten und Tüden —  
dem Klumpen entquoll nur ein wenig Kristall.  
Der Nothbann festelt noch immer die Massen,  
noch läßt sich nicht das Neuganze erfassen,  
noch haftet der Griff nicht, der danach padt;  
doch aus den schäumenden brodelnden Tiefen  
entwächst es, zu Größe und Form und Massen,  
dem hochaufbrausenden Katarakt.  
Aber es fordert zur Ausreise Zeit,  
Ob es allen zum Wohle gedeiht.

Für einen Teil der breiten Scharen  
sollt ihr das heilige Siegel bewahren,  
das den Treuschwur bekräftigt und schützt:  
zu Schaffen, zu fördern was allen nützt.  
Wir streben mit Inbrunst in Zukunftsweiten,  
ihr müßt dazu die Bahn uns bereiten,  
auf euch hin blidt jest Mann für Mann —  
spannet euer Gewissen an.

Was not tut, das ist brüderlich Meinen,  
ein Ziel, ein Streben muß euch einen;  
nicht was der eine alleine will  
führt zu dem großen erhabenen Ziel.  
Wir von der Oder, vom Rhein, von der Elbe,  
alle wollen wir ein und daselbe,  
wir aus Osten, aus Süd und Nord,  
alle rufen euch zu das Wort:  
Einigkeit! Seid einig in allen Dingen,  
dann muß euch ein gutes Wert gelingen.

Soll, — um dem Jahrd der Zeit zu entgehen —  
aus dem alten Bau ein neuer erstehen,  
ein Bau der jedem Sturme dräut  
und allen Schuß und Hilfe beut;  
dann bauet als Brüder in Einigkeit  
das Haus des Verbandes, für kommende Zeit.  
Dann schauen wir alle mit stohem Blid  
auf euch, auf die Nürnberger Woge zurüd.

P. Leinen.

○○○○○○○

## An die Delegierten zum Verbandstage 1922 in Nürnberg.

Nun seit Ihr, ihr Beauftragten der Kollegenschaft des ganzen Reiches zusammengetreten, um den Führern und Steuerleuten des Verbandsschiffes erneut den Kurs vorzuzeichnen, welcher im nächsten Tätigkeitsraum eingeschlagen werden soll. Das Schiff fährt gegenwärtig unter der Flagge „Tarif“, welche allerdings nach einer vergleichsweise gemachten Äußerung des Unternehmervorstandsvorsitzenden, total zerlegt sein soll und zwar durch die, natürlich von Gehilfenseite begangenen, Tarifverletzungen. Ob diese Flagge weiterhin beibehalten, ob sie, wenn nun schon so stark lädiert, ergänzt, oder ausgebessert werden kann und muß, werden auf der Tagung wohl sehr heiß umstrittene Fragen sein. In Verbindung mit diesen Fragen werden auch die anderen Tagesordnungspunkte, wie beispielsweise die Aufgaben der Deutschen Gewerkschaften, Graphischer Einheitsverband, sowie alle übrigen Punkte an die Teilnehmer der Tagung sehr hohe Anforderungen stellen. Über das — Wie und Warum — der Meinungsstreit durchgeföhrt werden soll und muß, wollen wir uns hier nicht näher auslassen, sondern das Augenmerk der Delegierten möchten wir für einen Moment auf den Fechtplatz lenken.

Nürnberg: Die Stadt, welche nach Dichterwort — nimmermehr veraltet — die Stadt der Mauern, Tore, Türme und Türmchen, der Chörlein und Erker, die Stadt der Meister aller Künste — des Deutschen Reiches Schatzkästlein —. Nur eine Burg deutet der Historiker den Namensursprung in seinen bis ins 11. Jahrhundert zurückreichenden Schürfungen. Was seit diesem Zeitpunkte bis heute alles an Schlechtem und Gutem über die Stadt erging darf mit Rücksicht auf die Raumbegrenzungen des Verbandsblattes nicht näher erläutert werden, sonst müßte man zurücksteigen in die Zeit der Raubritter, welche das Nürnberger Gebiet wegen seinem schon damals florierenden Handel und Wandel, ganz besonders mit ihrem Raubhandwerk bedachten, die Greuel des 30-jährigen Krieges waren für Nürnberg um so fühlbarer, als die Wallenstein und Gustav Adolf ihr Heerlager in unmittelbarer Nähe aufschlugen und so lange unterhielten, bis Seuchen und Hungersnot sie zum Abzuge zwangen. Dann der stete Wechsel der Stadt von einem herrsch- und raubblüsternden Krönling zum andern und die damit verbundenen Vor- und Nachwirkungen der Kriegshändel und Belagerungen und schließlich die Segnungen der Kriege jüngerer und jüngsten Datums. Al das konnte die Aufwärtsentwicklung der Stadt zwar hemmen, aber nicht verhindern und heute zählt sie zirka 370 000 Einwohner, ist eine Stätte der Arbeit aller Art, reich an historischem Baugut, an Samm-

lungen von Kunstschatzen, die Stätte der ersten Eisenbahn (1835) und was ganz besonders bemerkenswert sein dürfte, die Stadt, in welcher die Arbeiterschaft sich das erste deutsche Arbeitersekretariat schuf (1894). Und hiermit kommen wir zu dem Kapitel, welches uns alle wohl am meisten interessiert, — die Arbeiterbewegung. Selbstverständlich übte die stete Umwälzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse — auch auf die Arbeiterschaft die ganz naturnotwendige Wirkung des Zusammenschlusses zu Vereinigungen auf beiden Gebieten aus und die 1848 erstmalig aufgerichteten Grundpfeiler der Arbeiterbewegung wurden auch in Nürnberg durch die damals herrschende Klasse mit Hilfe gesetzlicher Rankünen und Strangulierbestimmungen wieder zerstört, 1868 wiederum errichtet und langsam aber sicher begann nun die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterbewegung, bis das Sozialistengesetz 1878 alles mühsam Aufgebaute mit einem Schlage vernichtete. Auch das wurde überwunden und nach dem Fall dieses Gesetzes (30. September 1888) erfolgte allgemein die Gründung von Fachvereinen, so für Lithographen und Steindruckern am 20. Januar 1889, welcher am 3. Februar 1889 seine Tätigkeit begann, um dann im Jahre 1891 in den neugegründeten Zentralverband aufzugehen. Mit dem Werdegang der gesamten Arbeiterbewegung, Nürnberg hat gegenwärtig zirka 100 000 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, hat auch unsere Mitgliedschaft, welcher im Jahre 1920 die Mitgliedschaft Fürth zugeteilt wurde, Schritt gehalten, sie umfaßt heute tausend Mitglieder und hat alle Phasen des Wirtschaftskampfes der meistens Sturm und Wetterschlag bedeutete, durchwandelt, manchen Stoß geföhrt und pariert, wenn es sich um die Erringung oder Verteidigung der Arbeiterrechte handelte. Und das soll auch fernerhin sein, stets wird die Kollegenschaft Nürnbergs den Willen zur Tat zeigen wissen, wenn die Notwendigkeit dies gebietet. Wie immer auch die politischen Grenzlinien gezogen sind, der letzte Mann ist sich nicht im geringsten im Zweifel über das zwingende Gebot des einmütigen Handelns, wenn es gilt dem Aufstieg des schaffenden Volkes die Wege zu bereiten. In diesem Sinne und in der Erkenntnis, daß das Gesamtwohl oberstes Gesetz ist, werden die Sendboten der Kollegenschaft zur Tagung kommen und in diesem Sinne heißen wir Euch freudigst willkommen in Nürnberg.

Wir grüßen Euch mit Herz und Hand, Ihr Boten aus dem ganzen Land!

Die Mitgliedschaft Nürnberg.

I. A.: W. Schatt.

# Die Aufgaben des Nürnberger Verbandstages.

In außergewöhnlich hochpolitischer Situation, deren Wirken nicht zuletzt sich auch auf die Arbeiterbewegung in organisatorischer Beziehung erstreckt hat, treten die Beauftragten der Kollegenschaft zum Verbandstag in Nürnberg zusammen. Die Schüsse, die Rathenau niederstreckten und die den einmütigen Willen der Arbeiterschaft auslösten, aufzuräumen mit dem immer noch lebendigen Geiste des preußisch-deutschen Militarismus, galten nicht der Person, sondern dem System. Und was auf wirtschaftlichem Gebiete diesen Schüssen gefolgt ist, ist auch nicht nur das blinde Warten der entjesselten Kräfte. Aber zusammen sind beide ein Barometer, an dem man als Arbeiter, ohne einem Irrtum ausgesetzt zu sein, ablesen kann, welche Kräfte die Entwicklung noch zu überwinden hat, ehe sie mit Erfolg an einen freierlichen Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft herantreten kann.

Als unser letzter Verbandstag in Magdeburg die Waffen schmiedete, die die Organisation als Schutz und Schirm der Kollegen brauchte im rasenden Sturme der sozialen Revolution, da glaubten so viele, daß die Entwicklung zwar Wege gehen würde, die riesige Hindernisse aufweisen, daß aber diese Hindernisse im Sturmschritt mit Begeisterung und revolutionären Elan überwunden würden. Die Praxis aber hat etwas ganz anderes gezeigt, und so mancher, der mit geschwellten Segeln kühn auf den Wogen der Gefühle kreuzte, ist heimgekehrt auf den Boden der Wirklichkeit. Der Versailler Friedensvertrag, der Kapputsch und die Reichstagswahlen 1920 haben ihre Wirkungen ausgelöst. Hinzu kamen noch die verschiedenen Ultimaten, Besatzungen und Sanktionen der Entente, jerner der Putsch in Mitteldeutschland und all die innerpolitischen Wirren, die oft am Bürgerkriege dicht vorbeiführten. Die Wirtschaft gearbete indessen Zustände, die kein gewöhnlicher Sterblicher jemals für möglich gehalten hätte. Mag auch die Geschichte der Menschen und der Sachen hundertfältig ausweisen, daß die Folgen jedes Krieges für den Besiegten Hunger, Not und Elend der breiten Massen des Volkes sind; Was sich im Verlaufe der vergangenen Jahre herausgebildet hat, findet kein Beispiel in der Geschichte und läßt sich an geschichtlichen Ereignissen nicht messen. Was sich an wirtschaftlichen Kämpfen in dieser Zeit abgespielt hat, nicht nur in Deutschland, steht beispiellos in der Geschichte da. Beides zusammen aber ist ein Gradmesser für uns Handelnde, die wir die geschichtliche Bedeutung der gegenwärtigen Zeit kaum zu ahnen vermögen, in welcher tiefgehender Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft wir uns befinden. Mag auch das zukünftige Ergebnis dieser Umwälzung für uns kurzlebige Wesen vom undurchsichtigen Dunkel der geschichtlichen Entwicklung umhüllt sein, instinktiv fühlt jeder: Ein Neues ist im Werden begriffen.

In dieser Zeit des ständigen Wandels, des ständigen Wechsels, des Auf und Nieder, des anscheinenden Durcheinander haben die Gewerkschaften ihre schwere Pflicht, im Dienste des Fortschrittes tätig zu sein und die Lebensbedingungen der Gewerkschaftsmitglieder zu sichern und zu bessern, zu erfüllen gesucht. Auch unser Verband hat getan, was unter den gegebenen Verhältnissen zu tun möglich war. Die, weil das Leben voller Erregung und Aufruhr war, hat der Verband und alle seine Funktionäre in alter Zähigkeit und Ausdauer, gestützt auf die Beschlüsse und Richtlinien des Magdeburger Verbandstages, in ununterbrochenen Kämpfen gerungen und unter Aufwand der besten Kräfte mit Nachdruck die Interessen der Kollegen zu vertreten gesucht. Wenn auch oft das Wollen weiter ging als das Können, wenn es auch oft nicht gelungen ist, die berechtigten Wünsche der Kollegen zu befriedigen und mancher Strauß auch innerhalb der Kollegenschaft ausgefochten werden mußte, um weiter einheitlich die abgesteckte Linie einhalten zu können, so muß doch das Gesamturteil dahin gehen, daß unter der gegebenen Situation mit den vorhandenen Kräften und Mitteln geleistet worden ist, was zu leisten war.

Doch das endgültige Urteil über die Vergangenheit zu sprechen, steht den Beauftragten der Kollegenschaft zu. Der eingehend schriftlich erstattete Geschäftsbericht und seine mündliche Ergänzung auf dem Verbandstage wird diese Urteilsabgabe wesentlich erleichtern. Aber trotz aller in der Berichtsperiode vom Verband erzielten Erfolge wird, soll und darf die Kritik nicht fehlen, wenn wir weiter vorwärts kommen wollen. Ursache zur Kritik ist trotz besten Willens auch vorhanden und Kritik soll und muß sein, weil alles Menschenwerk, solange Menschen leben werden, unzulänglich sein wird. Aber die geübte Kritik muß geleitet werden von dem Willen aufzubauen, zu bessern, nützlich und fortschrittlich zu wirken. Eine Kritik jedoch, die sich in der vagen Erkenntnis

bewegt, „es muß etwas getan werden!“, aber weder Ziel, Mittel noch Wege anzugeben weiß, dieses „etwas“ auch zu tun, ist zweck- und sinnlos. Auch auf unserem Verbandstag soll und muß einer freimütigen, dem Wohle der Gesamtkollegenschaft dienenwollenden Kritik der nötige Platz gewährt werden, aber es muß auch gleichzeitig gefordert werden, daß diese Kritik nicht losgelöst von unsern besonderen Verhältnissen unter Mißachtung jeder Kollegialität in öder Herunterreißerei sich ergeht. Vielmehr muß nicht nur unter kritischer Würdigung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und des Gewerbes die bisherige Tätigkeit der Organisation gewertet werden, sondern auch die Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit unserer Organisation müssen von diesem Gesichtswinkel aus aufgestellt werden. Die Vergangenheit mag eingehend der Beachtung unterzogen werden, um rückschauend Ausblick in die Zukunft zu gewinnen, damit wir auch in Zukunft die großen Richtlinien der Arbeiterbewegung verfolgen und für sie kämpfen können, aber auch zugleich die Wege und Mittel finden, die eine nachdrückliche Vertretung der Interessen der Kollegenschaft gewährleisten.

In der Festlegung dieser Zukunftsarbeit, im Aufstellen von Wegweisern, in der Festlegung neuer Richtlinien, die den Kurs zukünftiger Verbandspolitik bestimmen, liegt das Schwergewicht der Entscheidungen unseres Verbandstages. Denn diese Entscheidungen sind und müssen bindend sein für alle Organisationszugehörigen. Gerade im letzteren liegt die Schwere der Entscheidungen. Schon der Statutentwurf des Verbandsvorstandes mit seinen Ausführungsbestimmungen — ein tätigerworfenes Bekenntnis zum Graphischen Einheitsverbande — zeigt dies ganz deutlich. Mit vollem Bewußtsein und Zielklarheit sucht der Entwurf Stein um Stein aus dem Wege zu räumen, um durch Angleichung der organisatorischen Verhältnisse dem endlichen Zusammenschlusse der vier graphischen Berufsorganisationen immer näher zu kommen. Angesichts der Beschlüsse der Verbandstage der Schwesterorganisationen muß unser Verbandstag erweisen, daß hinter unserem Bekenntnis zur organisatorischen Einheit auch der Wille zur praktischen Durchführung steht. Wir brauchen keine Urabstimmung, um diesen Willen der Gesamtkollegenschaft erneut zum Ausdruck kommen zu lassen. Schon an der Wiege unseres Verbandes stand die Erkenntnis, daß nur durch stärkste Konzentration der proletarischen Kräfte das Maximum an Energie zur Neugestaltung ausgelöst werden kann.

Vom gleichen Gesichtspunkte aus muß auch die Tarifpolitik des Verbandes, die die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse umfaßt und in richtiger Wertung in geschlossener Sitzung zur Behandlung steht, betrachtet und beurteilt werden. Hart werden ganz besonders bei dieser Beratung die Meinungen aufeinanderplatzen, weil durch den Gang der Verhältnisse die zentrale Regelung die Großstädte nicht befriedigen konnte. Aus dieser Tatsache ist vielfach die Schlußfolgerung gezogen worden, daß an Stelle der zentralen die regionale Regelung zu setzen ist, um diese Nachteile zu vermeiden. Selbst unter der Annahme, daß durch regionale Festsetzung der Mindestlöhne die zentrale Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht berührt wird, kann eine regionale Regelung der Lohnverhältnisse nicht die Befriedigung auslösen, die man sich davon verspricht, weil unsere Produkte so gut wie gar nicht an den Ort oder an den Bezirk gebunden sind. Allenthalben aber eine gleiche Aktivität der Kollegen voraussetzen, hieße eine durch Jahrzehnte praktischer Arbeit gewonnene Erfahrung und die jetzt ohne Zweifel sonst noch bestehenden Schwierigkeiten einfach in den Wind schlagen. Sicher ist, daß die schon jetzt bestehenden Lohnspannungen, die schon höchste Besorgnis aller aufmerksamen Gewerbetreibenden sind, sich noch wesentlich erweitern und so selbst die aktivsten Kollegen einfach schachmatt setzen würden. Der jetzt besonders stark ertönde Ruf nach regionaler Regelung der Mindestlöhne muß deshalb, die ganz selbstverständlichen gewerbepolitischen Folgen noch hinzugenommen, sehr bald wieder den Ruf nach zentraler Regelung auslösen, weil eben alles andere untauglicher Versuch am untauglichen Objekt ist. Die Wunden aber, die inzwischen geschlagen worden sind, lassen sich nicht wieder restlos heilen. Es ist nicht gut, aber es ist so: Wunden hinterlassen Narben. Es ist deshalb Pflicht einer weitsichtigen Gewerkschaftspolitik, über die aus einer besonderen Situation herausgeborenen Unzulänglichkeiten nicht den Blick für das große Ziel der Umwandlung von Wirtschaft und Gesellschaft zu verlieren und einer Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen das Wort zu reden, die einen

Rückschritt bedeutet. Vielmehr ist mit allem Nachdruck zu bekunden, daß die zentral-politische Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für die nächste Zukunft die den Fortschritt am besten fördernde Form ist und alle Kraft darauf Verwendung zu finden hat, die noch vorhandenen Unzulänglichkeiten zu beseitigen und einem weiteren Ausbau die Wege zu ebnen.

Den Aufgaben der Gewerkschaften liegen heute nicht mehr in der Hauptsache in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Ihre Arbeit gilt vielmehr der Beseitigung dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Besonders die Umformung der Wirtschaft ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Und das Schwierigste dazu, der Anfang, ist getan. Mag auch das Betriebsrätegesetz noch so unzulänglich sein und mögen auch die Betriebsräte bei Erfüllung ihrer Arbeiten auf noch so große Widerstände stoßen: Die bisher unumschränkt herrschende Ansicht des Herren im eigenen Hause, die im bürgerlichen Gesetzbuch und auch in allen andern die Verhältnisse zwischen Arbeit und Kapital regelnden Gesetze so zum Ausdruck kommt: Die Parteien des Arbeitsverhältnisses verknüpfe nichts als der Austausch von Arbeit gegen Lohn, ist überwunden. Durch das Betriebsrätegesetz ist in das Arbeitsverhältnis die Betriebsverbundenheit hinein getragen worden, deren Entwicklungskrone nur die Gemeinwirtschaft sein kann. Wenn auch heute noch durch die verschiedenen Umstände diese außerordentliche Veränderung nicht die Beachtung findet, die ihr gebührt, so wird sie sich doch in dem Maße Beachtung verschaffen, in dem Maße es gelingt, die Betriebsräte für die Lösung ihrer Aufgaben reif zu machen. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind deshalb in erster Linie, die Betriebsverbundenheit so zu entwickeln, daß sie zum ausschlaggebenden Faktor wird bei Beurteilung der Frage, wie, unter welchen Umständen und zu welchem Zweck produziert werden soll. So in die Wirtschaft einzudringen um sie beherrschen zu lernen, sind alle diesen Zweck fördernden Maßnahmen zu veranlassen und alle Mittel in Anwendung zu bringen, die diesem Ziele zuführen.

Wenn es auch nur möglich war, lediglich andeutungsweise die Probleme zu berühren, die den Auserwählten der Kollegenschaft zur Beurteilung vorliegen werden.

so genügen diese Andeutungen doch schon um zu erkennen, welche schwere Aufgaben der Lösung durch die Delegierten harren. Erneut gilt in erster Linie, die Richtlinien abzustechen, nach denen der Verband zu leiten ist. Doch was auf wirtschaftlichem Gebiete noch alles zu erwarten ist, liegt in tiefes Dunkel der Zukunft gehüllt. Wenn deshalb nicht Einigkeit und Geschlossenheit die unzerrißbaren Bande der Organisation sind, werden wir im Wirbel der sozialen Revolution Halme sein, die hin und her geworfen werden und vielleicht untergehen. Den Delegierten muß deshalb immer gegenwärtig sein, daß trotz vorhandener Meinungsverschiedenheiten über den Weg, den der Verband zu gehen hat, die Einheit und Geschlossenheit der Organisation oberstes Gesetz alles Handelns ist. Denn noch immer gilt das Wort und es bleibt auch dabei: Großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit! Und wie als Teil, wie als Ganzes wollen wir großes Werk vollbringen. Auch unser Verbandstag ist dazu mit berufen. Im Bewußtsein dieser Verantwortung, die die Delegierten tragen sowohl der Kollegenschaft wie der Zeit gegenüber, werden sie im Ringen um den besten Weg zu Glück, Freude und Menschentum eingedenk sein, daß einiges Handeln mehr vermag als schöne Reden vorzutauschen vermögen. Möge deshalb klarer Kopf und kühler Verstand die Beschlüsse unseres Verbandstages diktieren, damit auch unsere Organisation, solange die organisatorische Einheitsfront der Beschäftigten in der papierverarbeitenden Industrie nicht herzustellen ist, in Zukunft fähig ist, im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ihre Aufgaben zu erfüllen und in Einheitlichkeit und Geschlossenheit als wirtschaftliche Interessenvertretung der Kollegenschaft wirken kann. Wir geben uns der guten Hoffnung hin, daß die Delegierten mit der festen Absicht, alles zu tun, was dem Verbands, der Kollegenschaft und damit der Arbeiterschaft zum Nutzen gereicht, nach Nürnberg kommen, denn sie wissen: Erwartungsvoll blickt die gesamte Kollegenschaft nach Nürnberg. Die Kollegenschaft erwartet vom Verbandstag nicht nur guten Rat und Wegweisung in dieser so ereignisreichen Zeit, sondern auch ein eindeutiges, offenes Bekenntnis zu alter Kampfreue in Einigkeit und Geschlossenheit. Möge den Delegierten gelingen alle Wünsche einer schönen Erfüllung zuzuführen.

Ein gut Gelingen Euch Sendboten der Kollegenschaft!

○○○○○○○

## Richtungstreitigkeiten in den Gewerkschaften einst und jetzt.

Von Hermann Müller.

Es geht den Gewerkschaften genau so wie der Partei. Solange beide existieren hat es in ihnen Richtungstreitigkeiten gegeben. Dabei handelt es sich bei den Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaften weniger um Fragen rein gewerkschaftlicher Art, sondern um solche, die fast immer von der politischen Auffassung der verschiedenen Richtungen ausgehen.

Ein Ausgangspunkt der Meinungsverschiedenheiten war immer die Neutralität der Gewerkschaften. Diese Frage lief stets zusammen mit der anderen, ob die Gewerkschaften ein Eigenleben führen dürften oder ob sie abhängig sein müßten von der politischen Arbeiterbewegung. Ein anderer Ausgangspunkt war die Frage, ob das sozialistische Endziel bald oder spät zu erreichen sei; davon gingen die Meinungsverschiedenheiten über die Organisationsform aus, die namentlich nach dem Fall des Sozialistengesetzes eine Rolle spielten und auch die verschiedenen Auffassungen über den Wert der Unterstützungseinrichtungen. Damit wieder hingen ursächlich auch die verschiedenen Anschauungen vom Klassenkampf zusammen.

Es ist sonderbar, wie sehr auch in der Arbeiterbewegung Überlieferungen nachwirken. Es wäre sonst kaum möglich, daß dieselben Auffassungen, die von den Ereignissen längst bestritten geschoben worden sind, immer und immer wiederkehren, und daß sie auch immer mit den gleichen Gründen verfochten werden.

Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist es gewissermaßen zum Verhängnis geworden, daß sich die deutschen Arbeiter weit eher politisch als gewerkschaftlich betätigen konnten. Wenn auch das gleiche Wahlrecht den Arbeitern erst nach dem deutsch-österreichischen Krieg einen größeren politischen Einfluß sicherte, so waren sie doch soweit sie geistig reif waren, nach der Revolution von 1848 politisch eingestellt. Abgesehen von den Anfängen einer Gewerkschaftsbewegung, die während der damaligen Revolutionszeit sich zeigten, und die sehr bald von der Reaktion verschlungen

wurden, gab es aber in Deutschland bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein keine Gewerkschaften. Und auch die damals erfolgten Gründungen konnten eigentlich nur in Sachsen gedeihen, weil nur dieses Land damals die Koalitionsverbote schon aufgehoben hatte. Die hier und da bestehenden Berufsvereine können nicht als Gewerkschaften bezeichnet werden, da ihnen die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Betätigung gefehlt hat. Erst im Jahre 1869 fielen für das Gebiet des Norddeutschen Bundes die Koalitionsverbote und nun erst war der gesetzliche Boden für die Gewerkschaftsentwicklung gegeben.

Schon vorher im Herbst 1868 hatte Schweitzer, der Führer der Lassallaner, den Allgemeinen Deutschen Arbeitervereinsverband und die Gewerkschaften gegründet, die diesen Verband bildeten. Das war möglich gewesen, weil die Regierung, die sich selbst schon mit dem Plan trug, die Koalitionsverbote fallen zu lassen, nicht mehr mit Strafen gegen Übertretungen vorging. Daß es gerade Schweitzer war, der als erster eine allgemeine Gewerkschaftsbewegung schuf, war für diese auch verhängnisvoll. Schweitzer war ein Gegner der Gewerkschaften. Da er überzeugter Lassallaner war, war das nicht anders möglich. Vom ehernen Lohngesetz ausgehend, hat er sich jahrelang bemüht, nachzuweisen, daß es zwecklos sei Gewerkschaften zu gründen, da sie die Lage der Arbeiter nicht heben könnten. Er bezeichnete sie direkt als schädlich, da in Deutschland die Arbeiter direkt auf das politische Endziel losgehen könnten und die Gewerkschaftsbewegung lediglich die Kräfte zersplittere. Wenn er plötzlich seine Taktik änderte und Gewerkschaften gründete, so geschah es deshalb, weil er sah, daß sich die Arbeiter trotz seiner Mahnungen nicht zurückhalten ließen, und weil er auch wußte, daß seine Mitbewerber um die Gunst der Arbeiter auf politischem Gebiet, Bebel und Liebknecht, gleichfalls Gewerkschaften gründen wollten. Er wollte sich seines Einflusses auf die Arbeiter nicht begeben und so schuf er Gewerkschaftsorganisationen, die er als eine politische Hilfstruppe und als Rekrutierungsgebiet

für seine Partei betrachtete. Deshalb brachte er sie auch in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Partei. Formell waren sie selbständige Organisationen, aber er schaltete und waltete in ihnen je nach seinen politischen Bedürfnissen. Von einer Neutralität der Gewerkschaften war unter diesen Umständen natürlich gar keine Rede.

Anders war es in den von der Bebel- und Liebknecht'schen Richtung gegründeten Internationalen Gewerksgenossenschaften. Anfangs wurde dort zwar auch politisch exerziert, aber schon im Jahre 1872 nahm der Erfurter Gewerkschaftskongreß eine Entschliebung an, in der ausgesprochen wurde, daß alle Arbeiter, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehörten, unter der gleichen Ausbeutung zu leiden hätten, und daß sie deshalb auch in einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung zusammenzufassen seien, die sich politisch neutral zu verhalten hätte. Diese Entschliebung hat zwar den Gewerksgenossenschaften nicht allzu viel neue Mitglieder zugeführt, sie hat sich aber doch durchgesetzt. Auch bei den Lassallanern wurde man des Kommandos der Partei müde und als 1875 sich die beiden sozialistischen Parteien vereinigen und die Gewerkschaften dem Beispiel folgten, da wurde einstimmig in der Konferenz beschlossen, daß sich die Gewerkschaften jeder politischen Tätigkeit zu enthalten hätten. Die so angebahnte Entwicklung, die zu ganz guten Ergebnissen führte, wurde jäh unterbrochen durch das Sozialistengesetz.

Als das Sozialistengesetz gefallen war, waren die Arbeiter geschwollt von einem großen Kraftgefühl. All die Verfolgungen hatten sie überstanden. Und nicht nur das. Ihre Organisationen, die Partei sowohl wie die Gewerkschaften waren stärker als vor dem Sozialistengesetz. Die Unterdrückten hatten das Gegenteil erreicht von dem, was sie erhofften. Bismarck, der mächtigste Politiker seiner Zeit, mußte gehen und sein Sturz war im wesentlichen mit verursacht worden, durch den Mißerfolg des Sozialistengesetzes. Die Arbeiter glaubten sich dem Ziele, das sie erstrebten, nahe. Der Sturz der kapitalistischen Gesellschaft wurde von ihnen in der nächsten Zukunft erwartet. Es ist kein Wunder, daß diese Auffassung, die in der politischen Bewegung sehr stark verbreitet war, auch auf die Gewerkschaften zurückwirkte. Wenn es richtig war, daß die Arbeiter nur noch einige kräftige Anläufe zu nehmen hatten um das Ziel zu erreichen, dann war es ganz selbstverständlich richtig, daß sie ihre ganze Kraft darauf konzentrierten. Es gab in der sozialdemokratischen Partei damals sehr viele, die diese Auffassung vertraten. Auch sie sahen zwar ein, daß man zunächst die Gewerkschaften noch nicht völlig entbehren könne, denn noch immer bildeten die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter noch eine Minderheit. Als Rekrutierungsgebiet auf dem man die sozialistischen Ideen den Arbeitern nahebringen könne, wurden die Gewerkschaften angesehen. Dem standen vereinsgesetzliche Bedenken entgegen, denn politische Vereine durften bekanntlich früher nicht miteinander in Verbindung treten. Um dem auszuweichen wurde die Gründung und Aufrechterhaltung von politisch eingestellten Lokalorganisationen empfohlen. Auf der anderen Seite standen die Anhänger der Zentralverbände, die noch eine längere Entwicklungszeit vor sich sahen und deshalb die politische Neutralität der Gewerkschaften forderten. Diese Richtung hat sich durchgesetzt; aber es hat doch lange Zeit bedurft, ehe die Lokalorganisationen völlig verschwanden. Nie ganz verschwunden ist auch in den Zentralverbänden die Auffassung, daß die Gewerkschaften in erster Linie dazu da seien, ihre Mitglieder zum Sozialismus zu erziehen. Es waren das in der Regel dieselben Mitglieder, die sich gegen die Unterstützungseinrichtungen wandten, weil diese geeignet sein sollten, den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften zu verwischen. Es waren das auch zugleich die, die die Tarifpolitik bekämpften, weil auch sie dem Klassenkampf zuwider laufe. Es wurde übersehen, daß Unterstützungseinrichtungen, wie z. B. die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, zum Teil direkte Kampfmittel der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, daß sie aber auf jeden Fall ein guter Kitt für die Gewerkschaften sind. Es wurde ferner übersehen, daß, um überhaupt zu einem Tarifabschluß zu kommen, große kampfbereite Gewerkschaften notwendig da sein müssen, vor denen der Gegner Respekt hat, und daß Tarife immer nur Waffenstillstandsbedingungen darstellen.

Nach der Revolution lebten all die Gegensätze wieder auf. Es gab breite Schichten der Arbeiterschaft, die der Meinung waren, der Kapitalismus sei nun endgültig erledigt, die Arbeiter brauchten nur zu wollen, dann liege er völlig am Boden und dann könne die sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. Der überwiegende Teil war der richtigen Auffassung, daß der Kapitalismus noch recht lebensfähig sei und daß die durch den Krieg in Deutschland geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht daran denken ließen, die sozialistische Ge-

sellschaft zu schaffen, daß nur einzelne hoch entwickelte Industrien für die Sozialisierung reif seien. Aus diesen verschiedenen politischen Auffassungen heraus, entwickelten sich wiederum Richtungsstreitigkeiten in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführer, die den Kapitalismus immer richtiger einzuschätzen verstanden haben, als die radikalen politischen Draufgänger, standen im Lager derer, die dem Kapitalismus die Lebensfähigkeit noch nicht absprachen. Der gleichen Auffassung waren und sind die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei. Für diese beiden Gruppen stand es fest, daß es zunächst darauf ankomme, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, um so den Arbeitern Arbeitsgelegenheit und Brot zu verschaffen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten bildeten das andere Lager. Sie glaubten, der Kapitalismus liege völlig am Boden und werde nur künstlich durch die Politik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei am Leben erhalten. Wurde schon früher mehr als notwendig war, der politische Gegensatz in den Gewerkschaften ausgetragen, so wurden sie jetzt der Tummelplatz der verschiedensten strittigen Meinungen. Früher war es noch erträglich gewesen, denn es war die Masse der Mitglieder politisch geschult. Nach der Revolution strömten aber so viel bis dahin politisch gleichgültig Gewesene in die Gewerkschaften hinein, daß der politische Meinungsstreit zu einer großen Gefahr für die Gewerkschaften wurde, zumal die bis dahin gleichgültigen, wie das fast immer der Fall ist, sich äußerst radikal gebärdeten.

Der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg sah sich deshalb erneut veranlaßt zu betonen, daß die Gewerkschaften politisch neutrale Körperschaften sein müßten. Er hob auch das Abkommen auf, das im Jahre 1906 mit der Sozialdemokratischen Partei abgeschlossen war, wonach wichtige, die gesamte Arbeiterschaft interessierende Fragen von der Generalkommission und dem Parteivorstand gemeinschaftlich zu besprechen seien. Nachdem die politische Partei zerfallen war, konnte dieses an sich zweckmäßig gewesene Abkommen, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Der Beschluß des Kongresses hat leider nichts daran geändert, daß sich nach wie vor Gewerkschaftsmitglieder, die mehr Politiker waren, in den Gewerkschaften ausboten.

USP. und KPD. waren beide auf das Rätssystem eingestellt. Das Wort: „Alle Macht den Arbeiterräten“, hatte damals noch viele Anhänger. Es vertrat sich aber nicht mit gewerkschaftlicher Tätigkeit und daß die Gewerkschaften, die die eigentlichen wirtschaftlichen Machtfaktoren der Arbeiter darstellen, die Arbeiterräte nur als Funktionäre der Gewerkschaften angesehen wissen wollten, hat zu schweren inneren Kämpfen in den Gewerkschaften geführt. Heute sind diese Kämpfe vorbei. Auch in der USP. ist die Meinung, daß der Kapitalismus mit seinem Latein zu Ende sei, nur noch hie und da anzutreffen. Damit ist auch eine andere Wertung der Gewerkschaftsarbeit und der der Arbeiterräte eingetreten.

Anders steht es mit der Einschätzung der Arbeitsgemeinschaften, die ein Kind der Gemeinschaftsarbeit während des Krieges, nach Kriegsende gegründet wurden. Gegen sie werden im allgemeinen dieselben Einreden vorgebracht, die früher gegen die Tarife vorgebracht worden sind. Das ist insofern logisch, als die Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortsetzung des Tarifgedankens sind. Ebenso wie früher die Tarife, sollen sie sich mit dem Klassenkampf nicht vereinbaren lassen.

Wie sieht es damit aus? Ist der Klassenkampf eine Erfindung der revolutionär denkenden Arbeiter, oder hat es immer schon Klassenkämpfe gegeben solange Gegensätze zwischen Unterdrückern und Unterdrückten vorhanden waren? Kämpfen die Unterdrückten den Klassenkampf nicht genau so scharf, oder meist noch schärfer als die Unterdrückten? Ein jeder, der sich ein wenig in der Geschichte auskennt, weiß, daß die Fragen zu bejahen sind. Klassenkämpfe sind als notwendige Folge des Wirtschaftslebens, solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt. Arbeiterschichten, die für Besserung ihrer Lage eintreten, stehen damit ohne weiteres auf dem Boden des Klassenkampfes. Dieser kann geführt werden auf der Straße, er kann geführt werden durch Streiks, er kann aber auch geführt werden am Verhandlungstisch. Reformistische Tätigkeit - als solche wird die Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften angesprochen - ist nur eine besondere Form des Klassenkampfes. Sie schließt keineswegs aus, daß der, der sie ausübt, auch ein Revolutionär ist, denn nur dann würde er zum Reformen werden, wenn er auf die Mittel, die man revolutionäre nennt, wirklich verzichten wollte. Aber das fällt keinem Gewerkschaftsführer ein. Jedes Mittel hat seine Zeit und seinen Ort.

Der sozialistischen Gesellschaft nahe zu sein, glauben vor allem die Kommunisten. Trotzdem wissen sie die Gewerkschaften

zu schätzen, wenn auch nicht unsere heutigen Gewerkschaften. Diese wollen sie umformen, deshalb der Zellenbau. Den ökonomischen Kampf betrachten sie als den Boden zur Ausbreitung ihres Einflusses. Sie sagen, keine Teilaktion der Arbeiter, kein Streik und kein noch so unbedeutender Konflikt dürfe spurlos vorübergehen. Die revolutionären Gewerkschaften müßten diese Konflikte verallgemeinern, bis die Diktatur des Proletariats geschaffen sei. Deshalb können die Kommunisten auch keine neutralen Gewerkschaften gebrauchen, und auch keine von den politischen Parteien unabhängige. Das sprechen sie offen aus. Sie sagen, ein Kampf könne nur dann wirklich revolutionär sein, wenn die Gewerkschaften Hand in Hand mit der kommunistischen Partei ihres Landes handeln und sie behaupten, die Theorie und Praxis der Spaltung der Arbeiterklasse in eine politische und eine gewerkschaftliche Hälfte sei äußerst schädlich, es müsse das zu Mißerfolg und Niederlagen führen.

Die Kommunisten glauben damit etwas neues zu sagen. Sie wiederholen aber lediglich, was schon oft gesagt worden ist und was sich stets als falsch und für die Gewerkschaften

und damit für das Wohl der Arbeiter als schädlich herausstellte. Sie greifen zurück bis auf Schweitzer. Genau wie dieser die Gewerkschaften unter politische Kontrolle stellte, genau so sagen auch sie, daß die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder und vor allem ihre Gewerkschaftsfunktionäre sich den Weisungen der Partei unterzuordnen hätten. Daß sie damit einen äußerst gefährlichen Boden betreten und daß sie damit sich selbst zu Fremdkörpern innerhalb der Gewerkschaften machen, scheinen sie nicht einzusehen. Sie reden so gerne davon, daß die Massen den Führern die Wege zeigen können, aber sie selbst glauben von ihren Parteibureaus aus die Gewerkschaften leiten zu dürfen. Das ist nichts neues und nichts gutes.

So sind die Meinungsverschiedenheiten, die in unserer erregten Zeit mit mehr Eifer als früher ausgetragen werden; eine Wiederholung alter, längst abgetaner. Sie tragen nur ein etwas anderes Gewand. Eins aber ist anders: Die Gewerkschaften sind heute stärker als je zuvor und ihr Einfluß ist größer als der aller Parteien geworden. Ihre Stärke wird sie in den Stand setzen, alle Richtungsstreitigkeiten zu überwinden.

□□□□□□

## Die Stellung des Verbandes zu den taktischen Differenzen in den deutschen Gewerkschaften.

• Von Joh. Hajl.

Der Verbandstag in Nürnberg hat nicht nur die Aufgabe, rückschauend Vergangenes kritisch zu betrachten, sondern auch Ausblick zu tun, um wenigstens für die allernächste Zeit die Richtung der künftigen Tätigkeit aufzuzeigen.

Der Punkt 2 der Tagesordnung wird die grundsätzliche Stellung der Verbandspolitik behandeln. Unter dem Punkt 5 wird die Tarifpolitik des Verbandes in einer geschlossenen Sitzung ausgiebig erörtert und unter Punkt 6 wird die Stellung unseres Verbandes zu den Zukunftsaufgaben der deutschen Gewerkschaften umrissen werden müssen.

Als kleiner Verband im Rahmen der großen Gewerkschaftsbewegung werden natürlich die Richtlinien des Gewerkschaftskongresses für uns maßgebend sein. Dazu werden die Vertreter des Verbandes, die im Bundesausschuß und bei der Durchsetzung der gefaßten Beschlüsse mitwirken, Anregungen für ihre künftige Tätigkeit entgegen zu nehmen haben. Die großen Richtlinien der Zukunftsarbeit nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses sind in kommender Zeit zu behandeln. An dieser Stelle sollen unsere Kollegen angeregt werden, über die zukünftige taktische Einstellung unseres Verbandes nachzudenken.

Die zwangsläufigen Hemmungen der Vorkriegszeit, die der ganzen Gewerkschaftsbewegung ihren Stempel aufdrückten, sind überwunden. Die Revolution hat diese Hemmungen beseitigt. Die grundsätzliche Umstellung der Gewerkschaften hat der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg 1919 beschlossen. In Leipzig 1922 wurde die Richtung nicht verlassen. Die Gewerkschaften sind über den Rahmen ihrer früheren Arbeit hinausgewachsen. Sie bilden heute nicht nur die festeste Stütze der deutschen Republik, sondern ihnen ist auch der Schutz der Volksfreiheiten und Rechte übertragen. Die Gewerkschaften haben praktisch bewiesen, daß sie diesen neuen Aufgaben gerecht geworden sind. Beim Kapp-Putsch, wie auch nach dem Tode Rathenaus wäre eine einheitliche Zusammenfassung der deutschen Arbeiter nicht möglich gewesen, ohne die deutschen Gewerkschaften. Die drei sozialistischen Parteien hätten ohne die Vermittlung des ADGB, keine einheitlichen Forderungen beraten können. Trotzdem müssen die Gewerkschaften sich hüten, den parteipolitischen Streit in ihre Reihen zu tragen und sich darauf beschränken, Arbeiterpolitik im besten Sinne des Wortes zu treiben. Würden sie sich durch radikale Strömungen in die politischen Wirrnisse hineinziehen lassen, so wäre ihre Machstellung erschüttert. Die Gewerkschaften haben nicht die Aufgabe die politischen Parteien zu ersetzen. Sie sollen auf dem Boden der realen Tatsachen, unter Berücksichtigung der Machtposition der Gegner, das Gewicht ihrer 8 Millionen Mitglieder in die Wagschale werfen um die Gestaltung der deutschen Wirtschaft zu beeinflussen.

Es sollen hier nur einige der großen Fragen herausgegriffen werden, die unseren Verband besonders angehen, um unsere Stellung dazu darzulegen. Unsere bisherigen Verbandstage haben sich für die Schaffung eines Industrieverbandes ausgesprochen. Die Entscheidung war stets eindeutig. Der Gewerkschaftskongreß hat unter dem Tagesordnungspunkt:

„Organisationsform und Methoden der Gewerkschaftsbewegung“ dieses Thema in großzügiger Weise behandelt. Die angenommene Resolution stellt gegenüber der Entscheidung des Münchener Gewerkschaftskongresses eine stärkere Betonung der Forderung nach Schaffung von Industrieverbänden dar. Noch 1914 sollte in die sich von selbst vollziehende Entwicklung durch Kongreßbeschuß nicht eingegriffen werden. Die Leipziger Resolution anerkennt nicht nur die Industrieverbände, sondern sie fordert vom Bundesvorstand und Ausschuß die Förderung des Zusammenschlusses der Berufsorganisationen. Die erste Fassung von Dißmann enthielt einen starken Zwang. Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß sollte die widerstrebenden Organisationen zwingen, ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Die Redaktionskommission hat diese Entschließung dahin umgeändert, daß statt des Zwanges die Initiative des Bundesvorstandes eingeschaltet wird. Die Auffassung, daß nur eine Einwirkung ohne Zwang gedacht ist, wurde noch unterstrichen durch die Erklärung verschiedener Vertreter großer Verbände, die jeden Zwang ausdrücklich ablehnten. Nach unserer bisherigen Stellungnahme können wir diese Resolution begrüßen. Sie entspricht der Stellung unserer bisherigen Verbandstage. Die Entwicklungstendenzen zur Konzentration des Kapitals werden von niemanden geleugnet. Dieser Konzentration gegenüber muß auch ein engerer Zusammenschluß in den Gewerkschaften folgen, um die großen Aufgaben der Zukunft lösen zu können. Wir dürfen nicht warten, bis durch den Zwang der Verhältnisse die Worte „deutung erhalten“. „Zu spät!“

In den Graphischen Verbänden ist die Vorarbeit für die Vereinigung weit vorgeschritten. Als das Einheitsstatut der vier Graphischen Verbände von den Vorständen angenommen war, wurde darin von uns der gute Wille erkannt. Gegensätze und Ungleichheiten zu beheben, um vorwärts zu kommen. Leider haben die Verbandstage der Buchbinder und der Buchdrucker dieses Einheitsstatut nur in seinem grundsätzlichen Teil angenommen. Es wird deshalb die Verständigung für gemeinsames Handeln auch weiter im Graphischen Bund erfolgen müssen.

Um keine Illusionspolitik zu befürworten, sollen hier die Hemmnisse, die einer Vereinigung entgegenstehen, und die Grenzen der Macht des Industrieverbandes kurz aufgezeigt werden. Eine einheitliche Lohnpolitik wie sie besonders von den Buchbindern gewünscht wird, ist auch im Graphischen Industrieverband nicht durchzuführen. Die Produktions- und die Absatzbedingungen unserer Erzeugnisse sind sehr verschieden. Sie bedingen verschiedene Lohnprinzipien. Zum Teil hängt auch die Prosperität unserer Betriebe von der Innen- und Außenpolitik des Reiches ab. Aber auch in den einzelnen Organisationen gibt es allerlei Gegensätze zu überwinden. Es zeigt sich oft ein Egoismus kleinerer Gruppen, der auch der späteren Leitung des Industrieverbandes noch manche Nuß zu knacken geben wird. Dazu kommt der Gegensatz zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern und das Problem, einer gerechten Bezahlung der weiblichen Arbeits-

leistung. Auch hier wird es noch viele harte Auseinandersetzungen geben. Auf die inneren organisatorischen Unterschiede der Beitragsleistung und der Unterstützungen will ich hier nicht näher eingehen, sondern nur die bestehenden Hemmnisse andeuten. Auf der anderen Seite gibt es auch Dinge, die die Verbindung fördern, z. B. die technische Entwicklung, die eine Verwischung der Grenzen zwischen den einzelnen Berufsgruppen bringt.

Die erste Etappe wird der Graphische Einheitsverband durch die Vereinigung der vier Graphischen Verbände sein müssen. Die Kopfarbeiter der Papierverarbeitung, wie die gesamte Papiererzeugung werden erst im späteren Stadium der Entwicklung zu uns kommen. Insbesondere müssen die Angestellten erst die Masse für die Organisation gewinnen und sie reif machen, um mit den Arbeitern Solidarität zu üben. Ob es auf dem Wege zum Einheitsverband noch eine andere Zwischenstufe geben wird, daß vielleicht die technische Entwicklung Differenzpunkte schafft, die den Zusammenschluß der gelernten Arbeiter dringend notwendig macht, kann heute noch nicht übersehen werden. Zwischen den gelernten Arbeitern gibt es heute nur eine verschiedene Auffassung über die strikte Durchführung des Zentralismus. Die Buchdrucker sind als älteste Organisation in Anlehnung an den Trades Unionismus auf der Grundlage der Autonomie der Bezirke aufgebaut worden. Die Buchdrucker sind die letzte Gewerkschaft, die trotz Reichstare eine weitgehende Selbständigkeit der Bezirke erhalten haben. Der letzte Verbandstag beauftragte den Vorstand, eine Vorlage zur Durchführung des Zentralismus auszuarbeiten und diese dem nächsten Verbandstag vorzulegen.

Die förderative Verbindung im Graphischen Bund, die uns in den letzten drei Jahren einander näher gebracht hat, wird also vorläufig noch weiter bestehen. Die Zeit und die Entwicklung arbeiten für den Zusammenschluß. Er wird kommen, wenn alle Verbände bereit sind historisches und liebgewordenes zu opfern, um der großen Idee der Konzentration der Kräfte zu dienen.

Mit dem Ruf nach dem Industrieverband verbinden unsere Kollegen meistens eine Debatte über unsere Taktik bei Lohn- und Tarifbewegungen. Deshalb soll auch hier einiges dazu gesagt werden. Darüber ist natürlich viel schwieriger in der Öffentlichkeit zu schreiben, denn die Taktik wird nicht auf offenem Markt festgelegt. Augenblicklich herrscht die Schlagwortformel: „Tarifgemeinschaft oder Klassenkampf.“ Damit ist allerdings nicht viel anzufangen. Erstens haben wir nur Tarifverträge von Verband zu Verband und zweitens wird mit dem Begriff Klassenkampf in der Ära des Bruderkampfes viel Unfug getrieben. Jeder handelt dabei nach eigener Erfahrung, oder richtiger gesagt, ohne Erfahrung, nur nach Charakter und Temperament. „Wie ich es auffasse.“ Die Erfahrung der großen Masse kann auch leider nicht allzu groß sein, weil sie nur die Dinge in der engeren Umgebung sieht und nicht das Gesamtbild kennen lernt. Deshalb brauchen wir nicht nur eine Zentrale, die das gesamte Gebiet beherrscht, sondern auch eine Zentralgewalt, die entscheidendes Gewicht besitzt. Wir brauchen eine zielbewußte Führung, die getragen wird von dem Vertrauen der Masse, gestützt durch verantwortungsvolle Vertreter, die über die Stimmung und die Sorgen der Kollegen gut unterrichtet sind. Wird der Verband nur von der Stimmung in den Versammlungen beherrscht, dann muß er im Strudel der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Wirrnisse zugrunde gehen. Von dieser grundsätzlichen Stellungnahme ausgehend wollen wir unsere Lohn- und Tarifbewegung näher betrachten.

Der Individualvertrag, wie er in der Gewerbeordnung festgelegt ist, gilt heute allgemein als überwunden. Bei der ungleichen Kräfteverteilung zwischen Unternehmer und Arbeiter haben die letzteren erkannt, daß die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von Organisation zu Organisation die bessere Form darstellt. Auch die Befürworter des sogenannten „reinen Klassenkampfes“ denken nicht daran, zum Individualvertrag zurückzukehren. Sie wollen an Stelle der zentralen Regelung die bezirkliche setzen. Die bezirkliche Regelung war aber die Vorstufe der zentralen. Sie würde also ein Rückschritt sein. Bezirkliche Abmachungen wurden getätigt, als die Macht für zentrale nicht ausreichte. Insbesondere hat unser Verband zwei schwere Lohnkämpfe ausgefochten, um eine zentrale tarifliche Festsetzung der gesamten Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Die großen Städte, die hauptsächlich Befürworter dieser neuen Taktik sind, würden sehr bald erkennen, daß durch selbständige bezirkliche Regelung wohl da und dort ein etwas höherer Lohn zu erreichen sein würde, aber der Katzenjammer käme sehr bald. Es würde dadurch eine Ungleichheit der Arbeitsverhältnisse geschaffen,

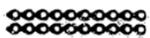
weil nicht in allen Orten die Verhältnisse gleich sind und auch nicht überall die gleiche Aktivität entwickelt werden kann. Solche Ungleichheit der Arbeitsverhältnisse bringt ungleiche Produktions- und Konkurrenzverhältnisse. Bei der Freizügigkeit unserer Waren bedeutet das Abwanderung der Arbeit nach kleinen Städten. Dazu kommt noch ein stärkerer Zustrom von Arbeitskräften nach der Großstadt, um diese höheren Löhne zu genießen. In der Vergangenheit sind da recht trübe Erfahrungen gemacht worden.

Die Verhandlungsform würde aber auch bei örtlicher oder gauweiser Regelung dieselbe bleiben. Es entsteht vielmehr noch der Nachteil, daß nicht überall genügend unabhängige und geschulte Kräfte für diese Verhandlungen zur Verfügung stehen. Für unsere Berufsgruppen bleibt also die zentrale Verhandlungsweise die Mehrerfolgversprechende, wenn man nicht nur an den einzelnen denkt, sondern die Interessen der Gesamtheit vertreten will.

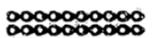
Nur die kommunistisch orientierten Kollegen lehnen die Tarife überhaupt ab. Sie wollen kämpfen. Ein Klassenkampf im Sinne dauernder Streiks, oder in der Form des Generalstreiks, bietet gegenwärtig auch nicht größere Aussichten auf Erfolg. Wer um sich blickt, wird dies bestätigen. Das Rezept der kommunistischen Paroleuschmiede Alles oder Nichts kann bei ernsten Gewerkschaftlern keine Berücksichtigung finden. Erinnert sei hier nur an den Ausspruch Kautzky's, daß auch der stärkste Organismus nicht in dauernder Aufregung gehalten werden kann ohne seine Kraft zu verlieren. Der Klassenkampf drückt sich auch nicht nur in Streiks aus; diese sind vielmehr nur das letzte und äußerste Kampfmittel wenn alle anderen zuvor versagt haben. Der Klassenkampf wird vielmehr allüberall dort geführt, wo um mehr Macht und mehr Recht gekämpft wird. Der Klassenkampf am Verhandlungstisch, oder in der Studierstube um ein Problem zu lösen, oder im Parlament um Arbeiterschutzgesetze zu schaffen, oder durch Mitwirkung an der Regierung um die Republik und Volksrechte zu schützen ist ein sehr viel schwieriger als der wo man nur die Arbeit hinlegt. Dieser ununterbrochene, planvolle Kampf erfordert allerdings Sachkenntnis und Geduld. Er erhält uns aber zugleich die Wirtschaft, die wir erobern und verwalten wollen.

Um dieses große Ziel zu erreichen, müssen wir zuvor die Mehrheit des Volkes für unsere Auffassung gewonnen haben. Durch einen Stoßrump oder durch eine Kerntruppe läßt sich leicht ein Kampf beginnen, manchmal auch ein Erfolg erringen, aber ein dauernder Erfolg ist so nicht zu erzielen. Daß eine Diktatur der Minderheit nur dem Gegner nützt, beweisen die Beispiele in Ungarn und in Bayern. Sie sollten uns schrecken. Nun wird uns darauf immer erwidert, daß wir solange nicht warten können, bis die Massen für unser Ziel gewonnen sind. Wir mußten vor dem Kriege auch warten, sogar viele Jahrzehnte bis die Arbeiterschaft für den Gedanken der Organisation reif wurde. Ebenso hat die Arbeit um nur eine Million Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zu bringen Jahrzehnte erfordert. Wie die Wirtschaft zu ihrer Umgestaltung Voraussetzungen nötig hat, so gilt als erste Voraussetzung für die Arbeiterschaft, daß die großen Massen uns folgen und unser Ziel mit erreichen wollen. Das ist heute leider nicht der Fall. Hier ist vielmehr noch große Aufklärungsarbeit zu leisten. Der Gedanke des Sozialismus ist zweitausend Jahre alt. Oftmals gab es in der Geschichte erregte und unzufriedene Massen. Einem Sprung nach vorwärts folgte dann wieder ein langsames Entwicklungstempo. Wir können durch Initiative und Tatkraft die Entwicklungszeit abkürzen. Das aber die Wirtschaftsentwicklung keine zu großen Sprünge zuläßt beweist uns Rußland. Noch immer ist es nur eine kleine Schicht der Arbeiterschaft, die ihre Kräfte anspannt um die Dinge vorwärts zu bringen. Es bleibt noch weiter unsere Aufgabe die Massen zu opferbereiten Kämpfern zu erziehen. Deshalb werden die Gewerkschaften sich noch längere Zeit der Tarife bedienen müssen, weil eine gesetzliche oder selbständige Festsetzung der Arbeitsbedingungen unerreichbar ist. So lange werden wir auch an all den Stellen mit paritätischem Beratungskörper teilzunehmen haben, um die Gesetze, die die Weltwirtschaft bewegen, kennen zu lernen.

In unserem kleinen Verbände können wir die großen Geschicke der Welt wenig beeinflussen. Wir können aber unsere Kollegen zu tapferen Kämpfern für die große Idee des Sozialismus erziehen. Im Gewerkschaftskampf der Vergangenheit zeigten sie sich als wackere Streiter. Diesen Geist der Berufssolidarität auf die Massen zu übertragen und ihnen das Gefühl der Stärke und der Sügeszuversicht beizubringen ist die vornehmste Aufgabe und die Voraussetzung zu einer besseren Zukunft.



# Die Stellung des Verbandes zur Technik.



Von Ernst Herbst.

Es ist bekannt, daß die Art der Warenherstellung entsprechend den gesellschaftlichen Zuständen fortdauernden Veränderungen unterworfen ist. Je schneller sich die Umwandlung der ökonomischen Verhältnisse vollzieht, um so rascher werden sich auch die Bedingungen ändern, unter denen die Produktion überhaupt stattfindet.

Die Richtigkeit dieser Ansicht vorausgesetzt, wird es genügen, darauf hinzuweisen, daß überall, wo zur Befriedigung notwendiger Bedürfnisse zu planmäßiger Arbeitsleistung geschritten wird, eine Wirtschaft entsteht. Ausgenommen hiervon sind nur Dinge, die uns ohne Arbeitsleistung in genügender Menge zur Verfügung stehen. So lebensnotwendig diese sind, so genügen sie doch nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse, die uns im einzelnen und im ganzen erhalten. Die Bedürfnisse sind gegebene Tatsachen und bilden die Grundlage der Wirtschaft. Sie entstehen aus dem Bewußtsein eines Mangels, der nur durch Arbeitsleistung beseitigt werden kann. Diese Arbeitsleistung auf das den Bedarf deckende zu beschränken, ist natürliches Bestreben und vernünftig. Die Bedürfnisse sind aber nicht nur beim einzelnen, sondern auch an sich verschieden. Es gibt eine Menge Bedürfnisse, die mit der Existenz als solcher verbunden sind und deshalb zu bestimmten Fristen dringlich befriedigt werden müssen. Es gibt aber auch kulturelle Bedürfnisse und solche des Luxus, deren Erfüllung nicht an einzuhaltende Fristen gebunden ist. Können dringliche Bedürfnisse nicht befriedigt werden, entsteht eine Notlage, aus dieser eine Zwangslage, die gegenwärtig sich besonders in der Preisbildung äußert, aber auch sonst das Verhältnis der Menschen zueinander verändert und die Ausbeutung des einen durch den anderen ermöglicht. Die Zwangslage kann zu verschuldeter Ausbeutung führen und wirkt dann erzieherisch. Unverschuldete Notlage auszubeuten, die aus Mangel an eigenen Gütern entstanden ist, ist unsozial und wucherisch. Deshalb ist notwendig, den Grad der dringlichen Bedürfnisse, nicht die Menge, so herabzumindern, als ob sie nicht oder nur wenig dringlich wären. Das erfordert Nachdenken über die Arbeit! Keine überflüssigen Bewegungen, keine Kraftverschwendung, Erreichung des Arbeitszieles auf kürzestem Wege. Das sind Vorbedingungen zur Herbeiführung eines gesellschaftlichen Zustandes, in dem nicht die ausbeutende Macht entscheidet, sondern ein Prinzip, das jedem den ihm zukommenden Teil am Ertrag seiner Arbeit sichert.

Die mit der Entstehung der Wirtschaft verbundene Gütererzeugung, hat sich wie alles entwickelt, und auch die Werte der erzeugten Waren verändert. Von handwerksmäßiger Herstellung kam es über Kooperation und Mannufaktur zur Industrie; von der Natural- zur Geld- und dann zur Kreditwirtschaft; von der Haus-, zur Stadt- und dann zur Volkswirtschaft; von der Individual- zur Übergangs- und dann zur Gesellschaftswirtschaft. Nach welchen Merkmalen man auch die Wirtschaft betrachten und gliedern mag, alles zeigt den Gang einer bestimmten Entwicklung, deren einzelne Phasen sich nicht überspringen lassen. Diese Entwicklung ist noch nicht vollendet. Es sind deshalb primitive Auffassungen, die heute wieder von bestimmten Kreisen auch in den Gewerkschaften verbreitet werden und die lehren, daß die Wirtschaftsform auf dem Wege der Katastrophe geändert werden könnte. Mit solcher Unwissenheit kann die Sache der Arbeiter nicht gefördert werden.

Diese Dinge sind aber nicht Gegenstand der heutigen Betrachtung. Für diese soll nur der Weg von handwerksmäßiger Warenherstellung zur Industrie herangezogen und hierbei sollen lediglich technische Einwirkungen behandelt werden. Dabei wird der sich ändernden Bedeutung des Werkzeuges mit ihrer Rückwirkung auf den Arbeitenden Beachtung zuteil werden müssen.

Bei handwerksmäßigem Betrieb spielt das Werkzeug in der Hand des Arbeitenden eine untergeordnete Rolle. Es wird bewußt vom Willen des Arbeitenden zur Bearbeitung des Rohstoffes geführt. Deshalb ist Vielseitigkeit und Geschicklichkeit des Arbeitenden zur Herstellung guter Waren unbedingtes Erfordernis. Der Aufwand an Betriebsmitteln war nicht unbedeutend, dabei setzte körperliche Erschöpfung nach Vollbringung bestimmter Leistungen der Produktion eine Grenze. Der Nachwuchs im Gewerbe mußte vielseitig ausgebildet

werden. In der Zeitfolge arbeiteten dann zur Ersparung von Betriebsmitteln, Werkstätte, Werkzeug usw. mehrere zusammen und leisteten die Arbeit gesellschaftlich. Dabei stellte sich allmählich eine Arbeitsteilung ein, die in ihrem Fortgange den Arbeitenden um seine Vielseitigkeit brachte. Der Nachwuchs wuchs von vornherein zum Teilarbeiter erzogen. Wurde die Arbeit bisher gesellschaftlich geleistet, so tritt nunmehr noch die Planmäßigkeit hinzu. Der Arbeitende muß sich dem Organismus des Betriebes einfügen und kann nur produzieren, wenn die anderen Teilarbeiter des Produktes ebenfalls vorhanden sind. Die Unabhängigkeit in der Arbeit ging verloren. Diese Vorgänge wirkten produktionssteigernd, sie selbst aber war immer noch an die Grenzen des handwerksmäßigen Betriebes gebunden. Deshalb mußte die Rolle des Werkzeuges umgebildet werden. Es durfte nicht mehr vom Willen des Arbeitenden abhängig sein, sondern mußte den Rohstoff selbsttätig bearbeiten. Das besorgt die Maschine, die zur völligen kapitalistischen Produktionsweise, zur Industrie führte. Aus dem Arbeitenden als ehemaligen Beherrscher des Werkzeuges wurde dessen Diener. Die Folgen dieser Umwandlung mußten sich in den Arbeitsbedingungen und der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter sehr bemerkbar machen. Der einzelne ist gegen diese Folgen machtlos. Mit seinesgleichen vereint ist er aber in der Lage zu verhindern, daß der wirtschaftliche Aufstieg sich nicht ausschließlich auf seine Kosten vollzieht. Deshalb gehört es zum Aufgabenkreis der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter, aus der fortschreitenden Technik die Mittel zu ziehen, die Los und Lage der Arbeitenden zu erleichtern geeignet sind. Diese Mittel werden weder durch passives Verhalten gegenüber den Veränderungen in der Herstellung der Waren gewonnen, noch durch Befolgung unsinniger Ratschläge Außenstehender. Die Arbeiter tun gut, ersteres nicht zu üben, letzteres aber abzuweisen.

In welcher Beziehung steht das Gesagte zu uns und unserem Verband! Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Umgestaltung des Werkzeuges im graphischen Gewerbe sich ebenfalls im erheblichen Umfange vollzogen hat und sich immer mehr vollzieht. Es kann auch nicht bezweifelt werden, daß die Teilarbeit vollständig, gelegentlich sogar in übertriebener Weise eingeführt ist. Deshalb mußten sich auch die Folgen dieser Dinge zeigen und den Aufgabenkreis des Verbandes erweitern. Es hieße aber die Wahrheit beugen, wenn behauptet würde, auch in unserem Gewerbe hätte die selbsttätige Bearbeitung des Rohstoffes mittelst raffiniertester Werkzeuge das Arbeiten seelenlos gemacht. Die durchaus individuelle Arbeit ist zwar mehr und mehr der manuellen Einwirkung entzogen worden, dafür aber wird die geistige Beherrschung des Werkzeuges immer notwendiger. Diese aber ist schwieriger, als die meiste handliche Arbeitsverrichtung.

Die Entwicklung geht ihren Gang. Wer sich passiv verhält, über den geht sie hinweg und schaltet ihn über kurz oder lang aus.

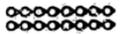
In Erkenntnis dieser Tatsachen hat der Verband Beobachtung und Pflege der Technik in seinen Aufgabenkreis einbezogen. Bekannt ist, daß wir in diesen Bestrebungen derart gehindert worden sind, daß wieder von vorn begonnen werden muß. Die Vernichtung der Grundlage für diese Tätigkeit durch den Volksausbrand in Leipzig hat uns all der Mittel beraubt, die erforderlich sind, aus veränderter Warenherstellung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Bisher ist es noch nicht gelungen, das Verlorene auch nur einigermaßen ersetzen zu können. Dabei wirkt bestimmend, daß die materielle Not vielfach den Sinn unserer Kollegen für derartige Bestrebungen gemindert hat. Es wäre aber überaus kurz-sichtig, wenn mangels geeigneter Unterlagen auf den bereits gewonnenen Erfahrungen nicht weiter gearbeitet werden könnte. Sowohl die Kollegen, wie auch der Verband werden die notwendigen Mittel hierzu aufbringen müssen, wenn nicht ein grundlegendes Gebiet unbearbeitet bleiben soll.

Der einzelne wird gut tun, an seinem Teile jede sich bietende Gelegenheit wahrzunehmen, volkswirtschaftliche und technische Kenntnisse zu sammeln, die ihm Rüstzeug im Kampfe des Tages sein werden, mehr als es die schönsten Reden sind.





# Die Berufsbildung im Graphischen Gewerbe.



Von Emil Köditz, Leipzig.

Wie wenig Stimmung in der Gegenwart für Berufsbildung bei Angehörigen mancher Berufe anzutreffen ist, überrascht nicht. Die Nachkriegszeit hat den Sinn der Menschen auf mancherlei anderes gelenkt. Verschiedene Quellen, aus denen berufliches Wissen geschöpft werden konnte, sind in den letzten Jahren verstreut oder verschüttet, und so zehren wir jetzt an der geistigen Kraft, die in der Vorkriegszeit erworben wurde. Wie sich aber in den Kriegsjahren die Körperkraft der Menschen in Deutschland erschöpfte, so wird es auch geschehen mit der geistigen Kraft, die einen Teil der Berufstüchtigkeit ausmacht.

Von den Älteren im graphischen Gewerbe wurde vieles zur Berufstüchtigkeit in früheren Jahren durch mühevollte Arbeit in zäher Ausdauer errungen. An diesem Schatz zehren heute die Jungen mit, die Nachkommen im Beruf. Nicht wenige dürften es sein, die ohne Nachdenken das Gute hinnehmen, weil sie es ohne besondere Mühe erreichen. Es fällt diesen wie eine reife Frucht in den Schoß.

Zum Berufe gehört aber die Tüchtigkeit und auf diese ist der Fortschritt im Gewerbe begründet. Versäumt es der Nachwuchs an seiner Berufstüchtigkeit zu arbeiten, so kann sich dies an einzelnen Menschen und am ganzen Gewerbe bitter rächen.

In einigen Aufsätzen der „Graphischen Presse“ ist aufgerufen worden zur Wiederaufnahme tiefer schürfender Bildungsarbeit. Es scheint aber, als ob die geistige Arbeit gefürchtet und gemieden bleiben soll, denn am Widerhall der Anregungen hat es gefehlt. Wenn ich mich recht entsinne, ist in Breslau und in Brandenburg ein Graphischer Zirkel ins Leben gerufen worden, aber sonst herrscht ringsum Schweigen. Zum bevorstehenden Verbandstag sind zwar Anträge zur Wiedereinführung der „Graphischen Rundschau“ in Verbindung mit der „Graphischen Presse“ eingereicht worden. Ob die Rundschau aber ausreichend sein wird, erscheint fraglich. Vielmehr müssen in den örtlichen Mitgliedschaften die beruflich Vorwärtsstrebenden aller graphischen Sparten sich zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit. Es gibt eine Menge Berührungspunkte, die alle graphischen Berufe zur gemeinsamen Bildungsarbeit zusammenführen sollten. Weitausschauend und großzügig müßte an die Aufgabe der Erhaltung und Steigerung der Berufstüchtigkeit herangetreten werden. Dabei dürfte es keinerlei Hader zwischen den einzelnen Berufen geben.

Die im Verband der Lithographen und Steindruckere vereinigten graphischen Berufe dienen dem Buchgewerbe oder stehen in Nachbarschaft. Zum Beispiel leistet die Photographie Vorarbeit für die Reproduktionstechnik. Vom Notentisch hängt der Notendruck ab und im Notentitel wird Verbindung mit dem Bilderdruck geschaffen. Der Gummidruck wird berufen sein, das Ineinandergreifen der Vervielfältigungsverfahren noch weiter zu führen wie bisher.

Wenn wir an Bücherdruck im Gummidruck denken, so hat der Schriftsetzer die Stelle des Lithographen eingenommen, letzterer führt darin nur die Retusche aus. Die Vorarbeit des Hand- und Maschinensetzers für den Gummidrucker gibt eine Verbindung mit dem Buchdrucker. Beim Umdruck von Werksatz wird der Umdrucker zum richtigen Ausschließen vom Buchdrucker lernen können, denn an solche Arbeit ist der Steindruck nicht gewöhnt. Natürlich kann sich der Umdrucker die erforderlichen Kenntnisse auch aneignen durch Zusammenarbeit mit Kundigen der Sache. Dazu ist immer wieder friedliche Zusammenarbeit erforderlich.

Es sollte keine Gegensätze geben zwischen so benachbarten Berufsgruppen. Je früher sich bei den einzelnen Gliedern diese Erkenntnis durchsetzt, um so früher können gemeinsame Schritte getan werden zur Erhöhung der Berufstüchtigkeit. Wir müssen für die Zukunft sorgen, daß die Berufstüchtigkeit im graphischen Gewerbe Deutschlands immer höher kommt, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit behalten wollen. In Bildungsfragen Grenzen zu ziehen, ist meines Erachtens ganz verkehrt. Vielmehr sollte jedem Menschen, der lernen will, die Hand geboten werden, und jeder Mensch kann vom andern lernen. Das heißt zum Beispiel, daß der Photograph vom Lithographen, der Atzer vom Photographen, oder umgekehrt letzterer vom ersteren vieles lernen kann. Aus solcher gemeinsamer Arbeit entspringt die Kraft zur Förderung des graphischen Gewerbes.

Diejenigen innerhalb des Verbandes, die durch praktische Arbeit zwei oder noch mehr Berufe beherrschen lernen, werden mir zustimmen, daß die in einem Berufe erlangten

Kenntnisse und Fertigkeiten in dem zweiten, dritten usw. nützlich sind. Wir brauchen im graphischen Gewerbe Deutschlands mehr Menschen mit tieferen Kenntnissen, die auch über die Grenzen eines Faches hinausgehen. Solche Kenntnisse zu vermitteln sollte erstrebt werden. Dadurch könnte das graphische Gewerbe nur gewinnen. Eine Überflutung einzelner Zweige dürfte kaum zu erwarten sein, weil zur Erringung umfangreicher Kenntnisse große Lernfreudigkeit, Ausdauer und noch manches andere gehört. Nur klare Köpfe werden sich zu harter Lernarbeit entschließen und diese durchführen.

Wenn sich zwei Berufsgruppen von einander abschließen, so daß ein Übertritt aus der einen in die andere unmöglich gemacht würde, so erscheint dies nicht klug und logisch gehandelt. In dem weitverzweigten graphischen Gewerbe ziehen doch alle an einem Strange zur Hebung der Kultur. Über künstlich errichtete Schranken zwischen den Berufen werden sich spätere Generationen sicher ebenso lustig machen wie wir heute über das alte Junztwesen mit seinen engen Grenzen. Die Gegensätze, wie sie sich zwischen Gummidruckern und Buchdruckern zeigten, sind bedauerlich, am besten wäre es, darunter einen dicken Strich zu ziehen.

Zur Erlangung von tieferer Berufsbildung sollten sich die Glieder des Flachdrucks und Hochdrucks die Hand reichen und mit vereinter Kraft dem Ziele zustreben, die Berufstüchtigkeit zu fördern.

Nun taucht aber die Frage auf: „Wie kommen wir zu größerer Berufstüchtigkeit?“ Die Antwort darauf läßt sich kurz so fassen: „Durch Kraft-, Zeit- und Geldaufwand.“ Daß dies zutrifft, werden alle diejenigen bestätigen können, die bereits größerer Berufstüchtigkeit zustrebten.

Heute muß aber im Kraft- und Geldaufwand sorgsam gespart werden. Für Bildungszwecke haben die wenigsten Menschen etwas übrig. So muß Umschau gehalten werden, wo vielleicht bestehende Einrichtungen nutzbar zu machen gingen für das ganze graphische Gewerbe. Neugründungen heute vorzunehmen erscheint aussichtslos. Auf bestehende Einrichtungen möchte ich hinweisen, die geeignet erscheinen zu einer Erweiterung für alle Bildungsuchende im graphischen Gewerbe.

Innerhalb des Verbandes der Deutschen Buchdrucker besteht ein Bildungsverband, der seine Zentrale in Leipzig hat. Diese Zentrale versorgt die siebzehn Kreise Deutschlands mit Bildungsmaterial. Von den Kreisvororten erfolgt die Weiterleitung an Fachvereinigungen in den einzelnen Städten. Die Vereinigungen pflegen die Fortbildung ihrer Mitglieder nach mancherlei Richtung.

In der Zentrale werden Drucksachen-Rundsendungen zusammengestellt, Manuskript-Vorträge, teils mit Lichtbildern für die kleinen Orte zusammengetragen, literarische und andere Wettbewerbe ausgeschrieben, die Schriftleitung und Herausgabe der Fachzeitschrift „Typographische Mitteilungen“ besorgt. Auch ist ein Verlag von Fachbüchern, der Vertrieb von Zeichenmaterial, Werkzeugen usw. angegliedert.

Die Bildungsarbeit wird vom Vorsitzenden der Zentrale und einem Bildungssekretär erledigt. Kurz sei noch vermerkt, daß wertvolles Material in der Zentrale gepflegt und zu Sonderveranstaltungen ausgeliehen wird.

Wer in Leipzig wohnt, konnte vom 2. Juli ab im Deutschen Buchgewerbehaus einen Überblick gewinnen, wie in den Fachvereinigungen gearbeitet worden ist.

Im „Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer-Gehilfen“ ist ein Bildungsausschuß tätig. Dieser vermittelte seit einigen Jahren Vorträge mit Experimenten im Physikalischen Institut der Universität und ferner über Entwicklungsgeschichte und Volkswirtschaft. Auch künstlerische Veranstaltungen rief er ins Leben.

Die „Typographische Vereinigung“ pflegt Lehrgänge im Schriftschreiben, Skizzieren von Drucksachen, in Sprachen, Drucksachenberechnung und Buchführung, Vorbereitung zur Meisterprüfung und Vortragsreihen bietet sie.

Der „Verein Leipziger Buchdruckmaschinenmeister“ veranstaltet Kurse im Ausschließen und Formatmachen, in Hand- und mechanischen Ausschneiden, Zurichtung für Werk- und Illustrationsdruck, Maschinenkunde. Auch Kenntnisse über Anlagapparate wurden vermittelt, und in Farbmischung und Druck wurden praktische Übungen durchgeführt. Diskussionsabende dienen dem Gedankenaustausch über Fachfragen.

Der „Verein Leipziger Stereotypen- und Galvanoplastiker“ pflegt: Ausschließen und Formatmachen, Korrigieren,

Löten und Matern schlagen. Auch technische Vorträge und Diskussionsabende hat er veranstaltet.

Im „Leipziger Korrektorenverein“ wurden Lehrgänge in Deutscher Sprache, Rechtschreibung und fremden Sprachen veranstaltet und sonst noch das Wissen erweitert und technische Vervollkommnung erstrebt.

Wer die Berufsbildung ernstlich betreibt, der empfindet Freude an solchen Veranstaltungen. Daß unter den jungen Berufsangehörigen des Buchdruckgewerbes gar mancher planvoll die Weiterbildung betreibt, kam in der Ausstellung im Deutschen Buchgewerbehaus zum Ausdruck. Unter den Wettbewerbsarbeiten der Typographischen Vereinigung sah ich Namen von jungen Arbeitskräften, die bereits als Lehrlinge Anregung suchten und freudig in sich aufnahmen. In der gemeinsamen Arbeit innerhalb der Fachvereinigungen zu höherer Berufsbildung festigt sich der Wille zur besseren Leistung. Mancher besucht außerdem in den Abendstunden die Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe und trägt so die in der Hochschule für graphisches Gewerbe gewonnenen Eindrücke unmittelbar in die Praxis und in die Vereinigung hinein.

Im Verband der Lithographen gibt es sicher auch Bildungssuchende, unter den Reproduktionsphotographen, Retuscheuren und Chemigraphen zeigten sich solche, aber es fehlt an zusammenfassenden Einrichtungen zur Bildungsförderung. Junge, im Fach vorwärtsstrebende Menschen sind mit Quellen vergleichbar, die erst erschlossen und zusammengeleitet werden müssen, damit sie eine, das Gewerbe fördernde Kraft bilden. Zu leicht versieckert eine feine Quelle, die bei sorgsamer Pflege sich entwickeln und auf die Umgebung befruchtend wirken kann. In gemeinsamer Bildungsarbeit müßte solche Pflege erstrebt werden.

Gemeinsame Bildungsarbeit regt an, und deshalb glaube ich, es könnte nur zum Nutzen des gesamten graphischen Gewerbes gereichen, wenn eine Zusammenfassung aller Bildungsbestrebungen erfolgte. Besonders in den kleineren Orten

müßte das segensreich sein, und wären in den großen Städten innig gefügte graphische Bildungsgemeinschaften vorhanden, so ginge von diesen sicher manche Anregung hinaus in die fernen Winkel.

Vielleicht ist eine Bildungsgemeinschaft mit den Buchdruckern ohne zu große materielle Opfer erreichbar, es bedarf möglicherweise nur eines Anstoßes durch Fühlungnahme. Würden entsprechende Schritte rasch unternommen, so könnte wahrscheinlich bereits im Herbst die Bildungsarbeit gemeinsam erfolgen.

Nach meinen Vermutungen sind für den Herbst bereits Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Leipziger Buchdruckervereinigungen in Vorbereitung, die das gesamte graphische Gebiet umfassen. Darin würde wahrscheinlich auch den anderen Bildungssuchenden des graphischen Gewerbes mancherlei geboten. Die „Technische Zentrale“ des Verbandes der Lithographen und Steindrucker und die Zentrale des Bildungsverbandes könnten Hand in Hand arbeiten. Und in den „Typographischen Mitteilungen“ ließe sich wahrscheinlich ein Raum schaffen für die besonderen Verhältnisse des Flach- und Tiefdrucks. Die Korrektoren bringen z. B. in der genannten Fachschrift ihre Artikel an bestimmter Stelle.

Damit würden die Teilnehmer der Bildungsgemeinschaft auch die Fachliteratur erhalten, die sie heute entbehren müssen. Bei der sehr großen Leserschaft der Typographischen Mitteilungen in allen Winkeln Deutschlands würden auch dort die Lithographen, Steindrucker, Photographen, Retuscheure, Chemigraphen usw. eine gute Gelegenheit finden zur Erlangung der notwendigen Fachliteratur.

Aus allen Orten, wo Bildungssuchende sind, sollten Auforderungen über Wünsche und Ziele einlaufen, die der Verbandsleitung als Unterlagen dienen könnten. Dazu bedarf es der Arbeit eines jeden Vorwärtsstrebenden. Es ist wirklich Zeit, daß jeder an Bildungsarbeit denkt und zur Mitarbeit sich ernstlich anfrachtet, damit nicht zuviel versäumt wird. Darum die vor. die Freude an der Arbeit und Bildung finden.

○○○○○○○○

## Das lithographische Druckgewerbe in der alten Kunststadt Nürnberg.

Eine historische Studie von Fritz Billmann.

Der von Alois Senefelder 1798 erfundene chemische Druckprozeß auf Solnhofener Kalkschiefer wurde von dem Buch- und Kunsthändler Friedrich Lampe im Jahre 1808 in Nürnberg unter den Namen „Steinplattendruck“ eingeführt. Nach den vor Amt zu Protokoll gegebenen Aussagen Lampes war Senefelder persönlich in Nürnberg, um diese Druckerei einzurichten. Die erste, die Öffentlichkeit interessierende lithographische Arbeit, welche aus dieser Druckerei hervorging, war eine Kreidezeichnung von dem damals 16 Jahre alten Künstler „Johann Adam Klein“, darstellend den Kopf eines bärtigen Mannes, eine Figur nach einem französischen Stich, zu dem Prudhon die Zeichnung geliefert hatte. Die Druckerei befand sich L 198, was nach der jetzigen Nummerierung Kaiserstraße 37 ist.

Im gleichen Jahre gründete der Maler und Musiker Johann Georg Buchner die zweite Steindruckerei. Eine erwähnenswerte Arbeit aus dieser Druckerei ist die „Rheinreise in 24 Bildern“ von Buchner selbst auf Stein gezeichnet und von ihm auch koloriert. Ferner noch ein Bild des Freiherrn Ebner von Eschenbach, ebenfalls von Buchner auf Stein gezeichnet. Von den erwähnten Arbeiten befinden sich Abzüge in der Inkunabelsammlung des Germanischen Museums. An weiteren Künstlern, die sich ebenfalls bemühten, ihre zeichnerischen Fähigkeiten durch die neue Drucktechnik zum Ausdruck zu bringen sind noch zu nennen: Johann Christof Erhard, Maler und Radierer, sowie die Gebrüder Wilder, wovon der eine Pfarrer, der andere Maler und Kupferstärker war.

Über die Einführung dieser neuen Drucktechnik in der Stadt Albrecht Dürers, des größten Graphikers aller Zeiten, schrieb damals eine Nürnberger Zeitung:

„Der wichtige Nutzen dieser merkwürdigen Erfindung für die zeichnenden Künste liegt am Tage. Auch für die Typographie sind die Folgen nicht zu berechnen. Die Buchhändler heben die Steinplatten ihrer Verlagswerke auf und lassen nur so viele Abdrücke machen, als sie zum Verkaufe brauchen.“

Einige Monate später schrieb diese Zeitung:

„Die Steindruckerei verbreitet sich immer mehr und erleichtert dadurch allen Klassen der Gesellschaft die Anschaffung von Kunstsachen.“

Diese Meinung sollte sich bald als trügerisch erweisen. Die Einstellung des lithographischen Druckes in Nürnberg auf eine rein künstlerische Note fand beim Publikum kein Verständnis und von oben keine Unterstützung, wie sie der Erfindung in so reichem Maße in München zuteil wurde. Zum größten Teil lag die Schuld an dem alteingesessenen Kupferdruck, von dem es damals in Nürnberg nicht weniger wie 63 Druckereien gab. Diese erkannten im Steindruck gar bald einen mächtigen Rivalen, weshalb sie sich mit allen Kräften gegen diese neue Druckart wendeten.

Im Jahre 1815 glaubte die kgl. bayerische Regierung allen Anlaß zu haben ein Gesetz, betreffend die lithographischen Anstalten mit der Begründung „zur Beseitigung der Mißbräuche, welche aus der sich immer mehr verbreitenden Lithographie zu besorgen sind“, zu erlassen. (Königl. Bayer. Regierungsblatt 1815. 28 Stück, Seite 529 bis 533.) Die zu Sorgen Anlaß gebenden Mißbräuche sollten angeblich auf politischem, finanzhoheitlichem, sittlichem und wie im Lande der Pfaffen nicht anders zu erwarten war, auch auf religiösem Gebiete gelegen sein. Da dieses Gesetz zugleich bestimmte, daß über die dormalen bestehenden Anstalten eine Statistik aufzunehmen sei, so verdanken wir dieser gesetzgeberischen Maßnahme einen genauen Überblick über den damaligen Stand des Nürnberger Steindruckgewerbes. Es waren vorhanden 5 Druckereien mit 6 Pressen, welche 5 Arbeiter beschäftigten. Die Druckarbeiten bestanden in ordinären Bilderbogen, Stückmustern, sowie Zeichnungen jeder Art, alles Arbeiten, die man dem Kupferdruck abgejagt; des weiteren Frachtbriefe, Arbeiten für das Stadtkommissariat, Polizeidirektion, Stiftungsadministration, also Arbeiten, die man im heftigsten Konkurrenzkampfe dem Buchdruck abringen mußte. Arbeiten, welche als reine Eigenart des Steindrucks anzusprechen

gewesen wären, findet man nicht darunter. Mit diesen sind anscheinend keine Geschäfte zu machen gewesen, denn Buchner gab 1825 anlässlich eines Konzessionsgesuches zur Errichtung einer neuen Anstalt zu Protokoll, daß es eine besondere Eigentümlichkeit des hiesigen Platzes sei, daß der Kupferstich mehr geschätzt wird als der Steinstich und als Beweis führte er an, daß er für sein Werk, die Rheinreise, nur 7 Gulden verlangen könne, weil das hiesige Publikum nicht mehr dafür anlegt. Lampe verstieg sich bei dieser Gelegenheit sogar zu der Behauptung, daß der Steindruck nur eine Scharotzerpflanze auf dem gesunden Stamme der Buchdruck- und Kupferdruckerkunst sei.

In diesen beiden Ansichtsäußerungen ist der Stand des lithographischen Gewerbes in Nürnberg um die damalige Zeit trefflich beleuchtet. Dieses Gewerbe war also nach 17 jährigem Bestehen auf Nürnberger Boden fast am Erliegen. Und tatsächlich weist das Nürnberger Taschenbuch von damals nur eine einzige Druckerei, die des Buchners auf. Lampe führte nur noch gelegentlich Steindruckarbeiten aus und auch nur dann, wenn er sie zur Illustration seiner Verlagswerke benötigte, während die anderen das Wettrennen mit dem Buch- und Kupferdruck längst aufgegeben hatten.

Durch die bereits erwähnte königliche Verordnung wurde das bisher als freies Kunsthandwerk geltende lithographische Druckgewerbe konzessionspflichtig, d. h., daß sich nur derjenige auf ihm selbständig machen konnte, welcher es erlernt hatte. Sie enthielt weiter die Bestimmungen, daß vor allem die Notwendigkeit der zu errichtenden Anstalt und die Begründung einer hinreichenden Nahrung durch den Gesuchsteller genau nachgewiesen werden mußte und daß die Vernehmung der bereits konzessionierten Anstaltsbesitzer, sowie der Buchdruckereien gehörig beachtet würde. Es wurde ferner von dem Bewerber der Nachweis strengster Moralität, hinreichenden Vermögens und besonderer Kunstfertigkeit nicht bloß im lithographischen Schreiben, sondern vorzüglich im Zeichnen auf Stein und in Verfertigung wirklicher Kunstprodukte verlangt. Es war also ab 1815 nicht mehr so leicht in Bayern ein Steindruckereibesitzer zu werden.

Diese gesetzlichen Fesseln wurden gar bald die Ursache eines kleinlichen, gehässigen Kampfes gegen denjenigen, welcher sich auf diesem Gewerbe selbständig machen wollte. Wer Gelegenheit hatte die Konzessionsakten der Stadt Nürnberg durchzulesen, der wundert sich über die Unsumme von Zeitverschwendung und Geistesaufwand, womit man alles Selbständigmachen im Gewerbe zu hintertreiben versuchte. Das Resultat war das fast völlige Unterbinden des qualitativen Fortschrittes im Gewerbe und unheimlich überflüssige Schreibereien der Behörden. So wanderte, um nur ein Beispiel anzuführen, das Gesuch eines Steindruckergehilfen sieben Jahre zwischen Stadtmagistrat und Kreisregierung von Mittelfranken hin und her und wenn nicht zuletzt die städtische Behörde, den außerordentlichen Schritt, sich an den Träger der Krone zu wenden, gewagt hätte, wäre es den bereits Konzessionierten tatsächlich gelungen, dieses Gesuch zu hintertreiben. Diesem Gesuch, das erstmalig 1838 gestellt wurde, verdanken wir eine abermalige Aufnahme der Verhältnisse im lithographischen Gewerbe Nürnbergs, die sich diesmal sogar auf die privaten Verhältnisse des Steindruckereibesitzer erstreckte. Nach dieser im Jahre 1843 angestellten Erhebung bestanden in Nürnberg 14 Anstalten mit 38 Pressen, wovon 11 wegen Mangel an Arbeit stillstanden. Diese 14 Firmen beschäftigten 42 Arbeiter, darunter 3 Lithographen und 5 Arbeiter zum Papierherrichten. Außerdem gab es noch 3 Fabrikdruckereien, zwei Tabak- und einer Buntpapierfabrik. Diese hatten insgesamt 6 Pressen im Gange. Die Erhebungen über die persönlichen Verhältnisse der Steindruckereibesitzer ergaben ein betrübliches Bild. Die Betriebe wurden bis auf den des Kunsthändlers Renner u. Co. als sehr mittelmäßig und die Vermögensverhältnisse bei allen bis auf zwei als sehr mäßig bezeichnet, wobei aber von einem der zwei Glücklichen besonders betont wurde, daß er erst von Verwandten geerbt habe. Weiter wurde festgestellt, daß zwar die Konkurrenz des Kupferdruckes überwunden, daß sich aber im Buchdruck das Aufstellen der von König erfundenen Schnellpresse eine unüberwindliche Konkurrenz, besonders im Schriftfache herausgebildet hätte. Diese Tatsachen lassen den heftigen Widerstand gegen jedes Selbständigmachungsgesuch begreiflich erscheinen. Die unbeabsichtigte Wirkung davon aber war, daß sich die Gehilfen in der Nähe Nürnberg selbständig machten. Wir finden in den Akten, daß sich nicht nur vor den Toren Nürnbergs, wie Steinbühl und Schweinau oder in Fürth, sondern auch in Altdorf, Erlangen, Hersbruck, Hilpoltstein, Herzogenaurach, Gräfenberg, Roth, Schwabach usw. Steindruckereien, gegründet von Nürnberger Gehilfen, befanden, welche lebhaft bemüht waren auch von Nürnberg Kundschaft

zu erhalten. Um sich nun einigermaßen ihren Kampf gegen Errichtung von neuen Anstalten zu erleichtern, beantragten die Konzessionierten bei der Regierung, einen Gewerbsverein auf Grund des Gewerbsgesetzes vom Jahre 1825 gründen zu dürfen, mit der Bestimmung, daß die Zahl der Steindruckereien auf 12 beschränkt wird. Auf diese Art die Bedürfnisfrage zu regeln, wurde ihnen zwar versagt, aber es genügte, daß sich die Regierung zu der Erkenntnis drängen ließ, daß zwischen der Herstellung der Schrift oder Zeichnung und dem Drucke derselben ein Unterschied nicht gemacht, vielmehr es gerade diese Arbeiten zusammen sind, welche den Begriff einer lithographischen Anstalt bilden. Dadurch wurden Gesuche von Steindruckern künftig aussichtslos. Es spielten aber in bezug auf den schlechten Geschäftsgang noch Dinge mit, die für die Fachkenntnis der Herren kein besonderes Ruhmesblatt bedeuten. Sie wehrten sich nicht nur mit allen Kräften gegen Errichtung von neuen Anstalten, sondern auch gegen jede Neuerung im Berufe. So legten sie unter anderem in corpore Protest ein gegen die Erfinder einer Schnellpresse im Jahre 1847, wobei es ihnen wirklich gelang, daß die Konzession nur zur Verfertigung der Schnellpresse erteilt, beileibe aber nicht zur Ausübung des Druckes auf derselben durch die Erfinder selber, trotzdem beide gelernte Berufsangehörige waren. Damit war dieser Erfindung, — die nun allerdings keine Schnellpresse war, was wir uns heute darunter vorstellen, — das Todesurteil gesprochen. Denn die Nürnberger Steindruckereibesitzer wären bei ihren mäßlichen Vermögensverhältnissen gar nicht in der Lage gewesen, den Erfindern nur ein einziges Exemplar abzukaufen. Und mit demselben Unverständnis zogen sie gegen die Erfindung einer verbesserten Handpresse durch einen Gehilfen, die ihrer ganzen Beschreibung nach eine sogenannte Eisenbahnpressé war, zu Felde, wenn auch diesmal ohne Erfolg. Und nichts wäre nötiger gewesen, als die alten Vehikel durch rationeller arbeitende zu ersetzen. Und mit einer unglaublichen Verschwendung an Zeit- und Geistesaufwand ließen sie Sturm gegen das Gesuch des Kupferdruckereibesitzers Serz, der mittelst der Steindruckpresse die zeitraubende Handkolorierung der Landkarten ersetzen wollte. In dem von der Regierung in diesem Falle eingeholten Gutachten vor Kunstverständigen mußten sie sich allerdings sagen lassen, daß sie von dem Serzchen Projekt rein gar nichts verstanden, da sie bei ihren höchst mittelmäßigen Arbeiten es bis heute noch nicht verstanden hätten, auch nur den allereinfachsten Farbedruck anzuwenden. Oder, als sie einen Kupferdrucker erwischten, der im geheimen Spielkarten auf Stein umdruckte, um so den Druck rationeller zu gestalten, vor Amt die Behauptung aufstellen, daß der Steindruck bei Spielkarten gar nicht wohl anwendbar sei. Auch zeigt folgender Fall von nicht gerade fachmännischer Begabung, wenn der Besitzer der Zellnerschen Ultramarinfabrik vor Amt zu Protokoll geben mußte, daß er die Druckproben seiner Ultramarine in Paris herstellen lassen muß, da die Nürnberger Steindruckereibesitzer nicht in der Lage sind, seine Erzeugnisse druckfähig zu machen. Unter solchen Tatsachen gewinnt der geringe Beschäftigungsgrad schon ein anderes Bild, und es ist nicht mehr so stark verwunderlich, wenn die Betriebe nur höchst mittelmäßig blieben. Man befaßte sich nicht mit Neuerungen, sondern führte einen fast zwei Dezenien dauernden Kampf gegen frisches, talentlustiges Blut, wobei man die durch die königliche Verordnung gebotenen Handhaben in der raffiniertesten und unschönsten Weise ausnützte. Dadurch wurde jeder Fortschritt gehemmt und das Gewerbe dabei sterilisiert. Fünf Dezenien dauerten die Hungerjahre im Nürnberger Steindruckgewerbe und es ist wahrlich nicht das Verdienst dieser Herren, daß eine Wendung zum besseren Geschäftsgang eintrat.

Durch die am 1. Januar 1834 erfolgte Gründung des Deutschen Zollvereins, wodurch mit einem Schlage die 38 Zoll- und Mautlinien, die wie ein Netz über ganz Deutschland gespannt waren, fielen, waren der kapitalistischen Wirtschaftsform auch in Deutschland die Tore geöffnet und mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes die Wege zur unaufhaltsamen Fortentwicklung erschlossen. Dessen ersten Wogen brandeten in Mitte des fünften Dezeniums des 19. Jahrhunderts zu den Toren Nürnbergs herein, und mancher geniale Handwerksmeister schwang sich zum Fabrikherrn auf. Wenn diese Tatsache auch vorläufig noch nicht auf die Nürnberger Steindruckereibesitzer zutraf, so blieb sie doch nicht ohne befruchtende Wirkung auf dieses Gewerbe. Die Quantität der vom Steindruck benötigten Arbeiten steigerten sich zur Masse. Es gab nun Arbeit in Hülle und Fülle und tatsächlich hörte ab diesem Zeitpunkt der wirklich nicht erhebende Streit um die Futterkrippe auf. Wie aus den Akten zweifelsfrei hervorgeht, ließ man sich von da ab neue Konzessionsgesuche durch den Amtsboten ins Haus bringen, um dann unterschriftlich

